



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Landesamt für Energie und Klimaschutz
(Kap. 12 09 TG 85)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 12 09 wird der Ansatz der TG 85 (Ausgaben für den Betrieb der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiewende) für das Jahr 2026 von 492,2 Tsd. Euro um 492,2 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

In Kap. 12 09 wird der Ansatz der TG 85 (Ausgaben für den Betrieb der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiewende) für das Jahr 2027 von 492,2 Tsd. Euro um 492,2 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

Der Haushaltsvermerk der TG 85 wird gestrichen.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Die Energiewende ist als ein gescheitertes Unterfangen zu betrachten, da es sich bei objektiver Betrachtung lediglich um ein umweltfeindliches Subventionssystem handelt, das durch die staatliche EEG-Gesetzgebung (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) ohne Rücksicht auf Verluste von „oben“ erlassen wurden. Der Wahnsinn derzeitiger Rechtsvorgaben zeigt sich besonders im Photovoltaiksektor, wo bis 2030 etwa 446 000 Bestandsanlagen vor dem Aus stehen, da sie aus der staatlichen Förderung fallen.

Dies hat erhebliche Nebenwirkungen für unsere Umwelt, weil diese auslaufenden Anlagen den Kollaps für unser Abfall- und Entsorgungssystem bedeuten könnten. Allen erfolgten Anstrengungen zum Trotz, brachte der ideologisch forcierte Ausbau erneuerbarer Energien keine positiven Umwelteffekte mit sich, sogar ganz im Gegenteil. Die Versorgungssicherheit unserer Industrie und Verbraucher ist durch die starken Fluktuationen im Energienetz nachhaltig gefährdet und die Energiekosten haben sich mehr als verdoppelt.

Eine Umsetzung der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) an das bayerische Landesamt für Umwelt ist aufgrund der als gescheitert zu betrachtenden Energiewende nicht zielführend und ein zusätzlicher Kostentreiber ohne ersichtlichen Nutzen.